



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 06.12.2012

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU): Die Landesregierung erntet bei der Umsetzung der Windkraft Sturm

Auf Einladung der Ortsgruppe Wettersbach des Schwarzwaldvereins sowie mit Unterstützung der Bürgerinitiative Pro Wettersbach kamen gestern Abend (05.12.2012) zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der Heinz Barth Schule in Grünwettersbach zusammen, um sich über die geplante Errichtung von Windenergieanlage in den Bergdörfern zu informieren und zu diskutieren. Die Schule war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ebenfalls anwesend war der Wahlkreisabgeordnete Manfred Groh, der in seiner Funktion als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für das Landesplanungsgesetz die Veranstaltung mit großem Interesse verfolgte.

„Das Thema bewegt die Menschen außerordentlich. Bei vielen herrscht Unsicherheit darüber, was sie ab dem 1. Januar 2013 erwartet. Nach und nach zeigt sich, dass die Landesregierung die Dynamik, die der Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg entfacht, unterschätzt hat. Die CDU hat in den Anhörungsverfahren im Landtag mehrfach darauf hingewiesen, dass durch das neue Landesplanungsgesetz potentielle Konflikte in die einzelnen

Kommunen – unnötiger Weise – hineingetragen werden. Das scheint sich jetzt in zahlreichen Gemeinden zu bewahrheiten“, so der CDU-Landtagsabgeordnete.“

Aus Sicht von Manfred Groh ist für das Gelingen der Energiewende eine Versachlichung der Debatte sowie eine Steigerung der Akzeptanz dringend erforderlich. Hierfür sieht er die Landesregierung in der Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern ihr Vorhaben ausführlicher als bisher zu erklären. Schließlich hat sie den Menschen im Land eine „Politik des Gehörtwerdens“ versprochen.

„Um den Menschen in Wettersbach einige Sorgen vor der Windkraft zu nehmen, könnte ich mir vorstellen, dass man den Mindestabstand der Anlagen zur Wohnbebauung von derzeit 750 m merklich vergrößert. Dadurch würde die Lärmemission sowie der Schattenwurf gemindert werden. Dieses Vorgehen hat bereits an anderen Orten zu einem deutlichen Rückgang des Protestes geführt“, so der Abgeordnete.

In diesem Zusammenhang ist für Groh eine spannende Frage, wie sich der neue Karlsruher Oberbürgermeister sowohl zur planerischen Ausweisung, als auch zur örtlichen Umsetzung positionieren wird. Wird er mit seiner Politik des „Zuhören. Verbinden. Gestalten“ auf die Bürgerinnen und Bürger in Wettersbach zugehen oder wird er sich dem Willen der Grünen im Gemeinderat beugen, die tendenziell noch mehr Flächen für die Windkraft ausgewiesen sehen wollen.

„Die CDU bekennt sich zur Energiewende und zur Flexibilisierung des Landesplanungsgesetzes“, so Groh. „Es zeigt sich aber auch, dass eine gute und ausgereifte Planung seine Zeit braucht und nicht übers Knie gebrochen werden darf, so wie es die Landesregierung gemacht hat.“

Hintergrundinformation:

Am 14. September 2012 fand ein erster Informationsabend mit ca. 60 Bürgerinnen und Bürger über die Teilneuaufstellung des Flächennutzungsplanes in der Heinz Barth Schule in Wettersbach statt. An der gestrigen Veranstaltung haben ca. 250 Interessierte teilgenommen.

Zur Erläuterung des planerischen Verfahrens waren vom Regionalverband Mittlerer Oberrhein Verbandsdirektor Dr. Hager sowie Vertreter des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe (Frau Dederer und Herr Müller) anwesend.

Ab dem 1. Januar 2013 werden die bisherigen Regionalpläne zur Windenergie per Gesetz aufgehoben. Fortan wird es zwei Planungsebenen geben: 1. die Regionalverbände, die nur noch Vorranggebiete und keine Ausschlussgebiete mehr ausweisen dürfen und 2. die Gemeinden, die mit ihren Teilflächennutzungsplänen die Feinsteuerung übernehmen.